

Initiative «Familie Beruf»: Tiefe Stimmbeteiligung nach Briefwahl

Unterdurchschnittlich Die Briefwahl war bei Weitem nicht so ergiebig wie bei anderen Volksabstimmungen. Nur 59,5 Prozent der Stimmbürger haben ihre Stimmkarte per Brief geschickt. Am Sonntag an der Urne dürften nur noch wenige dazukommen.

VON DORIS QUADERER

Obwohl das Thema «Familie und Beruf» die Gemüter bewegte und in den Leserbriefspalten und auf Internetforen erbittert diskutiert wurde, sind bisher für liechtensteinische Verhältnisse eher wenige Stimmzettel eingegangen. Am höchsten war die Stimmbeteiligung nach Abschluss der Briefwahl gestern Abend in Schellenberg mit 70,1 Prozent, am niedrigsten in Vaduz mit 55,2 Prozent. Zum Vergleich: Bei der Abstimmung zur Revision des Krankenversicherungsgesetzes im vergangenen Dezember hatten 63,5 Prozent per Briefwahl abgestimmt. Lediglich drei Prozent der Stimmberechtigten

hatten sich damals am Abstimmungssonntag noch zur Urne bemüht, wodurch letztendlich eine Stimmbeteiligung von 66,5 Prozent resultierte. Auch dies war im Vergleich zu anderen Abstimmungen der vergangenen Jahre eine relativ bescheidene Zahl.

Wie weiter nach einem Ja?

Für Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini bedeutet sowohl ein Ja als auch ein Nein zusätzliche Arbeit. Bei einem Ja müsste er rasch eine Anpassungsgesetzgebung in den Landtag bringen. Dies, um das Mutterschaftstaggeld aus dem KVG zu streichen, das sonst doppelt in den Gesetzen stehen würde. Zudem hat

er angekündigt, einen Passus für das Familienzulagengesetz vorzuschlagen. Dies, um zu verhindern, dass der Staat einspringen muss, wenn die Reserven der FAK zur Neige gehen. Pedrazzini möchte, dass in dem Fall die Arbeitgeberbeiträge erhöht werden. Zeitlich werde dies eine ziemlich sportliche Angelegenheit, mit den normalen «Landtagsfristen» sei das kaum zu schaffen, erklärte Pedrazzini auf Anfrage. Schliesslich würde das angepasste Gesetz per 1. Januar 2017 in Kraft treten.

Wie weiter nach einem Nein?

Sollten hingegen die Stimmbürger die Initiative ablehnen, müsste sich

der Gesellschaftsminister entscheiden, ob er seinen Vernehmlassungsbericht zur Kita-Finanzierung wieder aufnimmt. Hierfür ist laut Pedrazzini die Nachwahlbefragung des Liechtenstein-Instituts ausschlaggebend, schliesslich ist sein Vorschlag zur Kita-Finanzierung Teil der Initiative «Familie und Beruf». Klar ist für den Minister: «Es muss schnell eine Lösung gefunden werden, mit der eine Gleichbehandlung aller Kita-Anbieter bezüglich der Subventionen erreicht wird.» Eine solche Gleichstellung könne jedoch rasch verwirklicht werden, da diese von der Regierung direkt beschlossen und nicht durch den Landtag gebracht werden müsse.